



öffentlich

Betreff:

Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung

Einreicher: Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

Erstellungsdatum 20.04.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.05.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, inwieweit digitale Abstimmungen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung Potsdam realisierbar sind. Die Prüfung soll unter anderem dezidiert auf die Faktoren IT-Sicherheit, Rechtssicherheit, Transparenz, Partizipation und Kosten-Nutzen Verhältnis eingehen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung bis zum Q2 2022 vorzustellen.

gez. Dr. S. Zalfen, D. Keller S. Hüneke, Dr. G. Zöllner
Fraktionsvorsitzende SPD Fraktionsvorsitzende B90/die Grünen

Dr. S. Müller, S. Wollenberg
Fraktionsvorsitzende die LINKE.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die ersten Stadtverordnetenversammlungen im Land Brandenburg haben es vorgemacht und ihre Abstimmungsverfahren digitalisiert. So hat z.B. Hohen Neuendorf seit 2019 mithilfe digitaler Abstimmungsgeräte dafür gesorgt, dass alle Abstimmungen in SVV-Sitzungen via Knopfdruck erfasst werden. Die dadurch zusätzlich erreichte Transparenz und gesteigerte Effizienz sind zwei häufig genannte Vorteile.

Bevor die Stadtverordnetenversammlung Potsdam jedoch eine solch weitgehende Entscheidung trifft, ist eine gewissenhafte Prüfung notwendig, die u.a. die Perspektiven, IT-Sicherheit, Rechtssicherheit, Transparenz, Partizipation und das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrachtet. Mit diesem Prüfauftrag soll somit die Grundlage für eine inhaltlich fundierte Debatte zum Thema geschaffen werden.